

Stand: 09.02.2026 15:13:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15054

"Stärkung des Wissenschaftsstandorts Erlangen-Nürnberg-Fürth nicht aus den Augen verlieren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15054 vom 24.01.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15103 vom 24.01.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Stärkung des Wissenschaftsstandorts Erlangen-Nürnberg-Fürth nicht aus den Augen verlieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Noch zu Beginn des Jahres 2016 verkündete das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst für im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, dass die Verhandlungen hinsichtlich des AEG-Geländes noch in der ersten Hälfte desselben Jahres abgeschlossen sein werden. Ende 2016 nun die Kehrtwende: Einen Wissenschaftsstandort auf dem ehemaligen Areal des Elektrokonzerns AEG wird es nicht geben.

Vor diesem Hintergrund soll die Staatsregierung zeitnah dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über die konkreten (neuen) Gründe des Scheiterns der Verhandlungen hinsichtlich des Erwerbs des Geländes unter Berücksichtigung der bereits genannten Umstände (Flächengröße, Kosten und Altlasten), den konkreten Verhandlungsverlauf sowie über Alternativen und den aktuellen Planungsstand berichten.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auch weiterhin nachhaltig für die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Erlangen-Nürnberg-Fürth einzu-

setzen und dabei die Belange der beteiligten Hochschulen gerade in Hinblick auf eine enge Zusammenarbeit zwischen der Ohm Hochschule und der Universität Erlangen-Nürnberg angemessen zu berücksichtigen. Die entstandenen Planungsunsicherheiten auf Seiten der Hochschulen, sind in Form eines zukunfts-trächtigen Entwicklungskonzepts für den Wissenschaftsstandort Erlangen-Nürnberg-Fürth zu beseitigen.

Über den weiteren Fortgang der konzeptuellen Ausarbeitung, die Planung, neue Entwicklungen und Ergebnisse ist dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zu berichten.

Begründung:

Die „historische Weichenstellung“, von der Staatsminister Dr. Söder noch 2014 hinsichtlich des Erwerbs des AEG-Geländes sprach, ist – zumindest vorerst – gescheitert. Die seit nunmehr fast drei Jahre laufenden Verhandlungen sowie die damit verbundenen geplanten 5.000 Studien- und 850 Arbeitsplätze sind obsolet. Nach Aussagen von Herrn Finanzminister Söder liegen die Gründe darin, dass das Areal zu klein und zu teuer sei.

Mit dem Erwerb des rund 170.000 Quadratmeter großen AEG-Geländes war nicht nur eine bloße Zusammenführung der verschiedenen Hochschulstandorte verbunden. Ziel war es, eine nachhaltige Stärkung des Wissenschaftsstandorts Erlangen-Nürnberg-Fürth zu forcieren und für eine zukunftsorientierte und innovative Forschung und Lehre Entwicklungschancen zu eröffnen. In diesem Kontext erscheint es umso wichtiger, über die konkreten Umstände des Scheiterns der Verhandlungen, über die angedachten Alternativen sowie die weitere Planung nun auch den Landtag in Kenntnis zu setzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/15054

Stärkung des Wissenschaftsstandorts Erlangen-Nürnberg-Fürth nicht aus den Augen verlieren!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Helga Schmitt-Bussinger

Abg. Verena Osgyan

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Andreas Schalk

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion (SPD)

Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg zügig erarbeiten! (Drs. 17/15026)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie weiter mit der Wissenschaftsachse Nürnberg-Erlangen? (Drs. 17/15036)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Stärkung des Wissenschaftsstandortes Erlangen-Nürnberg-Fürth nicht aus den Augen verlieren! (Drs. 17/15054)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Show statt Inhalt, so muss man mehr als drei Jahre nach den Ankündigungen gleich dreier bayerischer Minister zur Ansiedlung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in Nürnberg bilanzieren. Ich kann mich nicht erinnern, dass gleich drei bayerische Minister mit einem Wahlkampfprojekt derart kläglich gescheitert sind wie die Minister Spaenle, Söder und Herrmann mit der Hochschulansiedlung "Auf AEG" in Nürnberg.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mit großem Brimborium die Wissenschaftsmeile im Nürnberger Westen angekündigt. AEG wurde nach Ihren Worten zum Synonym für Hochtechnologie im Rahmen eines Forschungs- und Wissenschaftsnetzwerks. Sie sprachen von einer historischen Weichenstellung. Herr Minister Spaenle, Sie sprachen von einem Garching Nordbayerns, das hier entstehen sollte. Soweit Ihre Ankündigungen, wohlgemerkt aus dem Jahr 2013.

Ich will daran erinnern, dass die Stadt Nürnberg eigentlich das viel größere Quelle-Areal mit seinen 250.000 Quadratmetern für die Hochschulnutzung vorgeschlagen hatte. Dieses Angebot wurde vom Tisch gewischt: Das Areal sei zu klein und zu teuer. Das war nicht der einzige Fehler, der in diesem Zusammenhang gemacht wurde, wie sich im Nachhinein herausgestellt hat. Weitere eklatante Fehlentscheidungen waren, dass der Kauf des AEG-Geländes öffentlich verkündet wurde, noch bevor der Eigentümer davon wusste, und dass eine Kaufsumme genannt wurde. Herr Söder hat auf Facebook gepostet, der Staat lasse sich dieses Gelände 100 Millionen Euro kosten. Beide Ankündigungen haben sich im Nachhinein als fatal und als großer Fehler erwiesen und haben letztendlich zum Scheitern des Projektes geführt. Kurz vor Weihnachten 2016 hat der AEG-Eigentümer

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ihre Hinhaltetaktik nicht länger hingenommen und die Verhandlungen von sich aus für gescheitert erklärt. Ich bin mir sicher, ohne diesen Schritt hätten das Parlament und die Öffentlichkeit noch längere Zeit nicht gewusst, dass die Verhandlungen gescheitert sind.

Was waren nun die Argumente der Staatsregierung für das Scheitern? – Die Fläche "Auf AEG" sei zu klein und zu teuer. Das haben wir doch im Zusammenhang mit Quelle schon mal gehört. Ich frage mich: Haben Sie den Flächenbedarf nicht vorher prüfen lassen? Das gehört doch wohl zum kleinen Einmaleins, dass man Projekte auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft, bevor Gespräche geführt werden und der Ankauf von

Gelände angekündigt wird, zumal wenn man das Quelle-Gelände, das mehr als doppelt so groß ist, als zu klein und zu teuer bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Was können wir nun mehr als drei Jahre nach diesen Ankündigungen bilanzieren? – Es sind drei verlorene Jahre für die Friedrich-Alexander-Universität, drei verlorene Jahre für die Technische Hochschule und drei verlorene Jahre für den Hochschulstandort Nürnberg und damit für die Wissenschaftsregion Erlangen-Nürnberg-Fürth.

Was ist zu tun? – Wir nehmen zur Kenntnis, dass zumindest Herr Minister Söder für Teile der Technischen Fakultät am Standort Nürnberg festhalten will. Andere in Ihrer Partei, verehrte Kolleginnen und Kollegen, stellen mittlerweile auch das infrage. Die Friedrich-Alexander-Universität selbst will – so lautet der ausdrückliche Wille der Leitung der Hochschule – für die Technische Fakultät an zwei Standorten festhalten, nämlich Erlangen und Nürnberg. Das ist auch dringend notwendig; denn bisher ist die Technische Fakultät auf 28 Standorte verteilt. Diese befinden sich zwar alle innerhalb Erlangens, aber immerhin an 28 Standorten.

Darüber hinaus braucht auch die Technische Hochschule, also die Ohm-Hochschule, vor allem für Informatiker und Designer Platz; denn dort laufen bereits 2018 Mietverträge aus. Nürnberg und vor allem die Weststadt Nürnberg – das wissen wir alle – braucht strukturelle Impulse durch die Ansiedlung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Dazu gehören mehr Studierende, mehr Lehrstühle und mehr Wissenschaftseinrichtungen.

Kolleginnen und Kollegen, es gibt derzeit auf dem AEG-Areal noch den Energie Campus und den Nuremberg Campus of Technology. Das ist gut und richtig. Hier gibt es ein ausdrückliches Lob in Richtung Staatsregierung, dies auf den Weg gebracht zu haben. Aber auch hier stellt sich die Frage, wie es dort weitergeht; denn diese beiden Einrichtungen waren darauf ausgelegt, dass dort die Technische Fakultät und Teile der Ohm-Hochschule angesiedelt werden. Die Frage stellt sich, ob die angekündigten

Lehrstühle dort planmäßig eingerichtet werden. Ist die Zusammenarbeit zwischen FAU und Technischer Hochschule weiterhin möglich? Das sind Fragen, die Sie uns zu beantworten haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es jetzt dringend erforderlich, dass sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen. Dazu gehören Vertreter der beiden Hochschulen. Dazu gehören Vertreter der Städte Nürnberg und Erlangen und die entsprechenden Ministerien. Erstellen Sie zügig ein Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg. Ermitteln Sie vor allem die Flächenbedarfe, die die Hochschulen haben, und untersuchen Sie konkrete Standorte in Nürnberg, die machbar sind. Nennen Sie einen Zeitraum für die Realisierung, und planen Sie die notwendigen Haushaltsmittel ein. Der Wissenschaftsausschuss ist über den Fortgang der gemeinsamen Konzepterarbeitung auf dem Laufenden zu halten und zu unterrichten. Stellen Sie sich klar gegen jegliche Forderung, alles in Erlangen zu belassen. Hier ist insbesondere der Erlanger Minister, Herr Herrmann, gefordert. Arbeiten Sie vor allem daran, den entstandenen Vertrauensverlust in Bezug auf eine Veränderung im Bereich der Hochschulansiedlung durch entsprechende Weichenstellung zu beheben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie und die Staatsregierung aus dem AEG-Desaster gelernt haben. Unterstützen Sie unseren Antrag, der vernünftig ist und hilft, das zu erreichen, was wir alle wollen, nämlich den Hochschulstandort Nürnberg und die Hochschulregion Nürnberg-Erlangen-Fürth zu stärken. – Den Anträgen von GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN, die heute mitbehandelt werden, stimmen wir zu, und wir bitten um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Spaenle, Sie sind immerhin da und lauschen der Debatte. Ihre Kol-

legen Herrmann und Söder sehe ich nicht. Auch ich erinnere mich noch sehr gut, als Sie im Jahr 2013 zu dritt eine große Pressekonferenz gegeben haben und verkündet haben: Wir machen einen Hochschulstandort "Auf AEG" mit 5.000 Studierenden, 850 Beschäftigten und einem geschätzten Gesamtvolumen von 800 Millionen bis einer Milliarde Euro. Zumindest wurde uns das immer von den Planungen berichtet. Ich muss feststellen: Es war im Nachhinein betrachtet eine der größten Nullnummern der Legislaturperiode.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Allererstes war bereits ganz zu Anfang klar, dass es offensichtlich keine Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer gegeben hatte. Das ist natürlich fahrlässig. Ich als kleiner Häuslebauer würde so etwas nicht verkünden, wenn nicht mal klar ist, dass ich die Liegenschaft überhaupt bekomme. Es wurde nicht nur von der Presse gemutmaß, dass der Preis in die Höhe getrieben wurde. Woran es letztlich gescheitert ist, wissen wir immer noch nicht. Es waren endlose Verhandlungen, es gab Ministerratsbeschlüsse, und wir hörten immer wieder die Ankündigung: Wir schaffen ein Gar-ching des Nordens!

Auch wir hätten nichts dagegen gehabt, wenn es mit dem Areal "Auf AEG" geklappt hätte. Das Konzept war gut; das lag vor allem an den Hochschulen, die intensiv darauf hingearbeitet hatten. Zwei Hochschulen mit Forschungseinrichtungen, deren Schwerpunkt auf Hightech liegt, sowie die Orientierung auf Nachhaltigkeit und Kreativwirtschaft – das wären gute Voraussetzungen gewesen, um Nordbayern zukunftssicher aufzustellen. Nicht nur die Metropolregion hätte Nutzen daraus gezogen.

Ich möchte daran erinnern, dass auch wir, die Opposition, das Vorhaben unterstützt haben. In den Städten der Region gab es einhellig Zustimmung; die einzige Abweichung war ein ominöser CSU-Arbeitskreis "Wissenschaft", der nicht einmal auf der Homepage der CSU zu finden ist. Zumindest sah es nach einem guten Projekt aus.

Wenn wir die Genese betrachten, müssen wir aber feststellen, dass unsere Anfragen irgendwann nicht mehr gescheit beantwortet wurden. Irgendwann wurde es ganz still. Es kam einem immer seltsamer vor, dass drei Jahre nach der Ankündigung anscheinend immer noch Unklarheit bezüglich des Flächenerwerbs herrschte.

Meine letzte Anfrage dazu stammt vom 15. Dezember letzten Jahres. Darin habe ich noch einmal nach dem Sachstand beim Flächenerwerb gefragt. Es ging mir auch um den Zeitrahmen und um etwaige Alternativplanungen. Ich habe eine ausweichende Antwort erhalten. Diese lautete mehr oder weniger, dass es noch Abstimmungsbedarf zu den Flächen gebe, das heißt, der tatsächliche Bedarf sei noch nicht klar. Das war am 15. Dezember letzten Jahres.

Kurz danach, am 23. Dezember, haben wir Andeutungen erhalten, dass alles nicht klappe. Ich wurde angerufen und gefragt, ob ich wüsste, dass Minister Dr. Söder offensichtlich nach Flächen in der Südstadt suche. Ich musste antworten, dass ich davon nichts wisse, dass uns das Ganze aber schon längere Zeit komisch vorkomme. Unabhängig davon ist kurze Zeit später der Grundstückseigentümer mit der Information herausgerückt, dass es schon lange keine Verhandlungen mehr gegeben habe. Die Staatsregierung hat eine Pressemitteilung herausgegeben, dass die Verhandlungen bereits zwei Monate zuvor gescheitert gewesen seien.

Angesichts dessen muss ich Sie fragen: Was war mit unserer Anfrage? Ist sie absichtlich falsch beantwortet worden? Ich muss konstatieren: Die Antwort war offensichtlich gelogen; denn auf Ihrer Seite war längst bekannt, dass die Verhandlungen abgebrochen worden waren. Zumindest auf die Fragen zu den Alternativstandorten und zum Flächenerwerb hätte die Staatsregierung wahrheitsgemäß antworten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch der Grund, warum wir uns jetzt nicht mit der Forderung nach Erstellung eines neuen Konzepts zufriedengeben. Wir möchten vielmehr, dass der Landtag, das Parlament, reinen Wein eingeschenkt bekommt. Wir wollen vor allem über folgende

Fragen aufgeklärt werden: Was ist tatsächlich passiert? Was waren die Gründe? Wie geht man weiter vor? Vor allem: Tragen die Anforderungen der Hochschulen noch? Ursprünglich war von einem gemeinsamen Standort mit Synergien die Rede; dazu wird es wohl nicht kommen. Jetzt geht es nur noch darum, ob die Technische Fakultät verlagert wird. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das noch der Sachstand ist. In die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzepts ist der Landtag einzuschalten.

So gern ich den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen würde – ich glaube, es reicht nicht aus, dass die Staatsregierung wieder hinter verschlossenen Türen ein Konzept ausarbeitet. Diese Einschätzung gilt selbst dann, wenn die Stadt Nürnberg und die Hochschulen eingebunden wären. Wir brauchen hier mehr Transparenz. Es ist der Aufsichtspflicht des Parlaments angemessen, dass der Wissenschaftsausschuss frühzeitig eingebunden wird. Deswegen möchten wir zunächst einmal einen Bericht erhalten, bevor uns ein neues Konzept vor die Nase gesetzt wird; denn mein Vertrauen darauf, dass die Staatsregierung es diesmal schafft, ein Konzept umzusetzen, ist im Moment, ehrlich gesagt, relativ gering.

Wir sehen, was plötzlich in den Kommunalparlamenten los ist. In Erlangen und in Nürnberg werden völlig verschiedene Debatten geführt. Das ist angesichts des momentan dort herrschenden Chaos völlig klar. Jeder fragt sich, wo er eigentlich steht, und jeder versucht jetzt, Standortpolitik statt Wissenschaftspolitik zu betreiben. Wir brauchen beides! Wir brauchen eine Stärkung der Standorte Nürnberg und Erlangen, gern auch des Standortes Fürth. Wir brauchen aber auch eine Lösung, die wissenschaftspolitisch Sinn ergibt und die vor allem von allen mitgetragen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Berichtsantrag und zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER. Es geht jetzt vor allem darum, dass wir als Parlament – als gesamtes Parlament, fraktionsübergreifend – unsere Pflicht erfüllen und die Regierung kontrollieren. Das können wir nur mit Fakten leisten.

Ich bitte Sie nochmals darum, unserem Antrag zuzustimmen. Lassen Sie uns alle zusammen mithelfen, dass das Ganze in einem transparenten Verfahren weitergetrieben werden kann. Die Metropolregion Nürnberg hat es verdient, dass wir uns damit beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Prof. Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Max Weber, Begründer der deutschen Soziologie, nennt in seinem berühmten, viel zitierten Vortrag "Politik als Beruf" als eine der zentralen Qualitäten eines Politikers – ich zitiere sinngemäß – Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit, nicht im Sinne eines Gebarens.

Im Kontext des Scheiterns des Hochschulstandortes auf dem ehemaligen AEG-Gelände in Nürnberg scheinen jedoch einmal mehr öffentlichkeitswirksames Gebaren, der Auftritt und die Werbung in eigener Sache, insbesondere für die eigene Person, wichtiger als der politisch verantwortliche Dienst an der Sache selbst gewesen zu sein. Das muss an dieser Stelle deutlich festgestellt und kritisiert werden.

Als Parlamentarier frage ich mich, wie so etwas geschehen konnte. Wie konnte ein so wichtiges, zentrales Projekt für den Hochschulstandort – ich bin übrigens sehr dankbar dafür, dass in den Reden, im Gegensatz zu den Antragstexten, betont worden ist, dass drei Städte betroffen sind, nämlich Nürnberg, Erlangen und Fürth – nach fast dreijährigen Verhandlungen scheitern? Drei Jahre – das sind sechs Semester eines Bachelor-Studiums. Anders formuliert: Sie haben eine ganze Generation von Bachelor-Studentinnen und -Studenten versemmt. So deutlich muss man es ausdrücken.

Vor drei Jahren haben in gewohnt staatstragender Manier die Herren Staatsminister Dr. Söder, Herrmann und Dr. Spaenle gemeinsam die Kaufabsicht bekundet und ver-

kündet. Es ist wohl einmalig, dass drei Minister gleichzeitig eine Pressekonferenz abgehalten haben, um ein Jahrhundertprojekt zu verkünden, dieses Projekt aber nach einiger Zeit zusammengebrochen ist. Sogar ein Kaufpreis – 100 Millionen Euro – wurde öffentlich bekannt gegeben. Ich denke, das war einer der kapitalsten Fehler in dieser Geschichte.

Dem Landtag jedoch – darauf ist von den Vorrednerinnen schon hingewiesen worden – blieb die Staatsregierung bis zum Schluss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept schuldig, trotz mehrmaliger Aufforderungen und Anfragen, auch von uns FREIEN WÄHLERN. Selbst noch zu Beginn des vergangenen Jahres wurde vonseiten der Staatsregierung bekräftigt, dass die Verhandlungen hinsichtlich des AEG-Geländes noch im selben Jahr erfolgreich abgeschlossen werden könnten; auch Frau Osgyan hat darauf hingewiesen. Die Hiobsbotschaft folgte kurz vor Ende des Jahres 2016 mit der Feststellung: Einen Wissenschaftsstandort wird es auf dem ehemaligen Areal des Elektrokonzerns AEG nicht geben – basta!

Über das Vorgehen der Staatsregierung kann man eigentlich nur den Kopf schütteln. Ich frage mich nach den konkreten Gründen des Scheiterns. Dass es Altlasten gab, war bekannt. Dass eine Entsorgung notwendig sein würde, war bekannt. Dass dies zusätzliche Kosten verursachen würde, war bekannt. Auch die Größe des Areals war bekannt. Angesichts dessen frage ich mich: Welche Umstände waren es konkret, die das Scheitern des Grunderwerbs letztlich bedingten? Wir Parlamentarier, insbesondere die Ausschussmitglieder, haben das Anrecht auf eine klare Antwort. Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung sachliche Aufklärungsarbeit leistet und den Landtag über das weitere Vorgehen in Kenntnis setzt.

Wir FREIEN WÄHLER fordern auch Aufklärung darüber – ähnlich, wie es Frau Osgyan ausgedrückt hat –, was mit den bereits bestehenden Instituten, die auf dem Areal "Auf AEG" erfolgreich arbeiten, passiert. Haben Sie eine Zukunft "Auf AEG"? Wie viel Geld muss für die Umstrukturierung in die Hand genommen werden? Das ist ein sehr wichtiger Punkt unserer Anfrage.

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine umfassende Aufklärung des Sachverhalts und einen Masterplan. Die einzelnen Aufgaben sind schon dargestellt worden, einige Fehler habe ich aufgezeigt. Ich möchte unsere Forderung mit dem Begriff "Masterplan" zusammenfassen. Dieser muss den Wissenschaftsstandort Erlangen, Nürnberg – und Fürth! – umfassen und die Belange der betroffenen Hochschulen und deren erreichten Stand der Zusammenarbeit besonders berücksichtigen. Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen, sehr geehrter Herr Minister Dr. Spaenle, sehr geehrter Herr Minister Dr. Söder, sehr geehrter Herr Minister Herrmann, und übernehmen Sie Verantwortung für dieses Desaster auf dem Areal "Auf AEG"!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Schalk. Bitte schön, Herr Schalk.

Andreas Schalk (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Nürnberg hat eine große Geschichte als Industriestandort, insbesondere im Bereich der technischen Industrie. Insofern ist es ein gutes, richtiges Ziel, die Technische Fakultät in dem Ballungsraum Nürnberg-Erlangen unter dem Dach eines großen, in sich stimmigen Konzepts am Standort Nürnberg zusammenzufassen. Das Konzept wurde erarbeitet; es existiert also. Auf dieser Basis wurde alles Weitere gemacht. Daher verstehe ich nicht ganz, warum Sie nach einem Konzept schreien. Die Möglichkeit, das AEG-Gelände – das ist ohne jede Frage eine tolle Option – in Verbindung mit dem Energie Campus zu nutzen – Frau Schmitt-Bussinger, Sie haben es schon angesprochen –, ist bei ihrer Realisierung gescheitert. Das muss man ganz offen so sehen. Mit Visionen ist es aber oftmals so, dass sie im Endeffekt leider nicht zu verwirklichen sind.

Woran ist diese Möglichkeit gescheitert? – Es gab Altlasten, die man im Detail untersuchen musste. Im Laufe der Verhandlungen gab es seitens der Hochschulen andere Vorstellungen über die erforderlichen Räume, wozu das Grundstück, wie sich im Laufe der Verhandlungen herausgestellt hat, nicht gepasst hat. Ganz am Ende spielte auch

der Preis eine Rolle. Bei Verhandlungen über den Kauf einer Immobilie wird man sich am Ende oft nicht über den Preis einig. Das ist ein ganz normaler Vorgang, der überhaupt nicht in irgendeiner Form bedenklich, schlimm oder sonst etwas ist. Das ist ganz normal.

Ich weiß nicht, was Sie gewollt hätten. Hätten Sie gewollt, dass wir am Ende überteuerte Immobilien kaufen, die wir abreißen müssen? – Ich weiß nicht, ob das sinnvoll ist. Ich halte es in einer solchen Situation für besser, sich auf die Suche nach einem neuen Standort zu machen. Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass der Standort für das Konzept passen muss und nicht umgekehrt.

(Beifall des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Die Oppositionsparteien im Landtag versuchen ganz offensichtlich, diesen Vorgang in irgendeiner Weise zu skandalisieren. Darüber, warum sie das tun, kann man spekulieren. Liegt es vielleicht an einer gewissen Verzweiflung? – Nach den Umfrageergebnissen der letzten Wochen sollte die Opposition doch einmal aus dem Quark kommen. Deshalb könnte man es sich so erklären, dass Sie eine gewisse Profilierungsabsicht haben. Die Forderungen nach ständigen Wasserstandsmeldungen, wie sie in den Anträgen dargelegt sind, halte ich nicht für sinnvoll. Sie sind deswegen nicht sinnvoll, weil es die Realisierungschancen schmälern würde, wenn man über jeden Gedanken und jede Idee von Arealen, die im Raum stehen, überall öffentlich diskutieren und hier im Plenum öffentlich berichten muss. Das verstehe ich nicht. Das ist dem ganzen Projekt nicht dienlich.

Sie fragen auch nach dem Zeitplan. Ich glaube, dass der Zeitplan nur schwer abgeschätzt werden kann, weil es eben darum geht, ein geeignetes Grundstück zu bekommen. Wenn es ein geeignetes Grundstück gibt, kann man diesen Weg weitergehen. Deshalb ist die Frage nach einem fixen Zeitplan, den Sie von der Staatsregierung genannt haben wollen, relativ schwer zu beantworten. Das wissen Sie auch, aber Sie

fragen, nicht weil Sie an der Sache interessiert sind, sondern Sie fragen, weil Sie uns gerne politisch beschimpfen wollen.

Das Projekt, um das es hier geht, ist ein langfristiges Projekt für die gesamte Region, und als solches sollte es auch begriffen werden. Wenn man es als langfristiges Projekt begreift, ist es auch richtig, sich Zeit zu nehmen, um die erforderlichen Schritte seriös und sachlich zu gehen. Herr Prof. Bauer, Sie hatten davon gesprochen, dass eine ganze Generation an Studierenden versemelt würde. Ich glaube, Sie haben diesen Begriff verwendet, ich bin mir aber nicht mehr ganz sicher. Jedenfalls ist es völlig albern, so etwas zu behaupten; denn jedes Bauprojekt in dieser Größenordnung erfordert nun einmal eine gewisse Zeit. Auch das wissen Sie, aber Sie sagen das so kritisch ja aus anderen Gründen.

Die Verantwortlichen sollte man jetzt arbeiten lassen. Das sind die Vertreter der Staatsregierung und die Vertreter der Hochschulen vor Ort. Wenn das Projekt dann realisiert wird, können Sie das Ergebnis bestaunen. Jetzt im Landtag ständig dazwischenzugackern, bringt nichts.

(Inge Aures (SPD): Das Gackern verbiete ich mir! Wir sind doch keine Hühner! –

Thomas Gehring (GRÜNE): Was sind Sie für ein Parlamentarier?)

Dieses Projekt zu verwirklichen, ist nicht Aufgabe des Landtags, sondern Aufgabe der Staatsregierung. Ihre Empörung zeigt letztlich auch, dass ich Ihnen auf die Schliche gekommen bin, dass es Ihnen nur um eine öffentliche Skandalisierung geht. Das zeigen Ihre Reaktionen ganz deutlich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, besonders erschreckend ist an diesem Vorgang das Misstrauen der SPD gegenüber ihrem eigenen Oberbürgermeister Maly, der bei allen Gesprächen, Verhandlungen und Entwicklungen intensiv eingebunden ist. Es irritiert die Menschen schon, wenn der eine Sozialdemokrat vor Ort zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung um die Realisierung des Projekts kämpft, die Parteikollegen im Bayerischen Landtag aber einen Strich durch die Rechnung machen wollen.

Das passt nicht zusammen. Umgekehrt ist es für mich doch beruhigend, dass Sie offensichtlich keine allzu dringenden Probleme haben, wenn das für Sie der Grund für einen Dringlichkeitsantrag hier im Plenum ist. Sehr interessant finde ich, dass wir über das Thema morgen im Ausschuss reden, die FREIEN WÄHLER aber heute noch einen Dringlichkeitsantrag stellen. Das ist doch irgendwie albern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Daran sieht man, wie dringlich es ist!)

Sehr geehrte Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, dass die CSU alle Anträge ablehnt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Schalk. Ich möchte auch von meiner Seite sagen: Gegackert wird hier im Parlament nicht. Das werden Sie so auch nicht aufrechterhalten wollen. – Nächster Redner ist der Kollege und Staatsminister Spaenle. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, entschuldigen Sie bitte. Ich war jetzt etwas aus dem Konzept gebracht. Ich muss noch die namentliche Abstimmung, die die CSU zum Antrag der SPD beantragt hat, bekannt geben. Jetzt dürfen Sie loslegen.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklung des Wissenschaftsstandorts im fränkischen Städtedreieck ist eine der spannendsten Aufgaben, die die Wissenschaftspolitik in Bayern zu bewältigen hat. Wir haben die Chance, in einem großen Miteinander die Friedrich-Alexander-Universität an den Standorten Erlangen, Nürnberg und Fürth so fortzuentwickeln, wie es in den letzten 50 Jahren wohl nicht der Fall gewesen ist. Wir haben ein Konzept, das aus der Mitte der Friedrich-Alexander-Universität heraus ent-

wickelt wurde. Dies bedeutet, dass wir am Standort Erlangen eine nachhaltige Restrukturierung und Stärkung bei der Philosophischen Fakultät und bei der Lehrerbildung durchführen können. Wenn wir diesen Weg bis zum Ziel weiterverfolgen, wird die gesamte Lehrerbildung, darunter auch die Teile der "Erziehungswissenschaftlichen Fakultät", die bislang in Nürnberg untergebracht sind – das ist im Wesentlichen die Ausbildung der Grundschul- und Mittelschullehrkräfte –, nach Erlangen kommen können.

Wir verfolgen in Erlangen ein Projekt, das mit den Plänen der Firma Siemens am Standort Erlangen in Zusammenhang steht. Wir können eine Vielzahl von Standorten in Erlangen mit einer gezielten Maßnahme zusammenführen. Ich verspreche mir davon sehr viel, so zum Beispiel von der Zusammenführung vieler einzelner Teilbibliotheken. Ich mache es am Beispiel des Historicums in München deutlich. Die Zusammenführung der historischen Institute an einem Standort hat dazu geführt, dass dort die größte geschichtswissenschaftliche Fachbibliothek in der Republik geschaffen wurde. Dies ist eine der Chancen für den Standort Erlangen. Als Stichwort nenne ich den sogenannten Himbeerpalast und seinen Umgriff. Damit können etwa 2.800 bis 3.000 Studienplätze von Nürnberg nach Erlangen kommen.

Die zweite Überlegung besteht in der Entwicklung eines Technologiecampus, eines Campus für die Technikwissenschaften. Die Friedrich-Alexander-Universität hat ein ganz besonderes Fächerspektrum. Bundesweit gibt es keine vergleichbare Universität, in der Geisteswissenschaften, Sozialwissenschaften, Staats- und Rechtswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin und technische Fächer in einer Hochschule vereint sind. Die Technische Fakultät hat Perspektiven entwickelt, die die Schaffung eines neuen Campus mit zusätzlichen inhaltlichen Komponenten erforderlich macht. Hier geht es nicht nur um eine Verlagerung von X nach Y. Hier geht es um eine inhaltlich abgestimmte Strategie, wichtige Teile der Technischen Fakultät am Standort Nürnberg weiterzuentwickeln. Wir haben dort im Endausbau zwischen 5.000 und 6.000 Studierende.

Der dritte Aspekt ist die Entwicklung der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, die wir – das war ein Ziel – bereits gemeinsam mit dem Energie Campus und dem "Nuremberg Campus of Technology" und dazugehörigen Startups auf dem AEG-Gelände haben. Die Zielsetzung war, das Projekt auf AEG-Gelände zu realisieren. Das haben die Kollegen Söder und Herrmann und ich der Öffentlichkeit deutlich gemacht, weil eine solch groß angelegte Vision, die auf ein Jahrzehnt und mehr ausgelegt ist, natürlich in vielfältiger Weise der Unterstützung bedarf. Wir haben dieses Projekt zu diesem Zeitpunkt mit dem Zielhorizont öffentlich gemacht, um das ganze Vorhaben auf AEG-Gelände verwirklichen zu können. Wir sind in die Erhebungen und Verhandlungen eingetreten und haben den Flächenbedarf ermittelt. Das ist die nächste Stufe, die, wenn der Zielhorizont definiert wurde, in der präzisen, quadratmetergenauen Planung weiterentwickelt und umgesetzt wird. Wir stellten dann fest, dass dieses ganze Projekt in der Form auf dem AEG-Gelände nicht machbar war.

Ich sage Ihnen drei Beispiele, etwa die Standorte Schweinfurt und München, wo dies genauso geschehen ist, ohne dass die Öffentlichkeit und gewisse Interessierte an diesem Projekt dessen Untergang festmachen. Das ist bemerkenswert.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir am Standort Schweinfurt für die Entwicklung der dortigen Hochschule für angewandte Wissenschaft ein bestimmtes Konversionsgrundstück im Blick hatten. Weil sich am Standort Schweinfurt die Konzeption weiterentwickelt hat, war diese Liegenschaft für dieses Projekt und diese Anforderung nicht die richtige. Deshalb sind wir einen ganz anderen Weg gegangen. Wir haben andere Konversionsflächen, auch deutlich größere Umfänge, in den Blick genommen mit der Absicht, das Projekt dort zu realisieren, und zwar mit Entwicklungspotenzial. Dieses Vorhaben wurde über die Parteigrenzen hinweg von der Kommunal- und der Landespolitik konstruktiv begleitet.

Zwei prominente Münchener Flächen sind das Südost-Gelände der Technischen Universität – diese Entscheidung wird heute allgemein begrüßt – und der neue Platz des Ägyptischen Museums mit der Hochschule für Film und Fernsehen. Diese Flächen

waren für die Weiterentwicklung der Technischen Universität vorgesehen. Hier hat man sich für eine andere Nutzung entschieden und daher die Nutzungsziele an anderen Standorten, nämlich im Wesentlichen am Campus in Garching realisiert, ohne dass in diesem Zeitraum die Leistungskraft der Technischen Universität gelitten hätte. Wenn Sie andere Wahrnehmungen haben, dann sagen Sie es mir.

Das prominenteste Beispiel ist der Standort der dritten Pinakothek, also der alte Roncalli-Platz, die ehemalige Türkenkaserne. Die Münchner kennen diesen Bereich. Dieses gesamte Gelände entlang der Theresienstraße war seit den Sechziger- und Siebzigerjahren für die Aufnahme universitärer Nutzungen der LMU und der TU vorgesehen. Mein Amtsvorgänger, der hochverehrte Hans Zehetmair, hat diese Planung von Grund auf umgestürzt und gesagt, wir müssen im Herzen der Landeshauptstadt etwas Bedeutendes schaffen, nämlich das heute weltweit bedeutendste Kunstareal.

Wir haben den Campus in Garching und in Martinsried mit großer Zustimmung weiterentwickelt. Darum geht es jetzt an den Standorten Erlangen, Fürth und Nürnberg. Wir stellen fest, dass die Umsetzung der wissenschaftspolitischen Ziele, also dessen, was die Friedrich-Alexander-Universität an Raumplanung und technischen Anforderungen vorgelegt hat, auf dem AEG-Gelände nicht möglich ist. Um diese Strategie ins Ziel zu führen, nehmen wir auf dieser Leiter des Erfolgs die nächste Stufe und suchen mit entsprechenden Perspektiven nach passenden Standorten. Das ist der Fall, nicht mehr und nicht weniger. Dies hat selbstverständlich im engen Dialog mit der Friedrich-Alexander-Universität und den beteiligten Städten zu geschehen.

Zu Ihrem Vorschlag, einen Hochschulentwicklungsplan vorzulegen: Ich durfte da in der Funktion mitwirken, die heute der Kollege Oliver Jörg wahrnimmt. Wir haben das Instrument der landesweiten Hochschulentwicklungspläne der einzelnen Universitäten mit der Novelle des Hochschulrechtes vor gut zehn Jahren in Bayern abgeschafft. Wir haben uns auf den Weg gemacht, hochschulpolitische Ziele mit dem Instrument der Zielvereinbarung festzulegen und die nötigen Infrastrukturmaßnahmen mit der Hoch-

schule selbst in einem entsprechenden Format, das Sie heute kennen, umzusetzen. Diesen Weg werden wir weiter konsequent gehen. Ich selbst stehe in engem Dialog mit den Beteiligten, etwa mit den Gremien der Friedrich-Alexander-Universität. Wir sind selbstverständlich auch im Dialog mit den Kommunen. Im Hochschulraum Nürnberg, der in vielfältiger Weise organisiert ist, werden wir diese Entwicklung weiterführen.

Natürlich wird die Technische Hochschule Georg Simon Ohm ihre Entwicklung fortführen können. Auch AEG wird weiterhin eine Rolle spielen. Genauso ist es für den Energie Campus und den Nuremberg Campus of Technology wichtig, diesen Standort fortzuentwickeln. Dies geschieht bei der beteiligten Hochschule und den betreffenden Einrichtungen in einem sinnvollen Maß.

Auch für das Forschungszentrum Helmholtz werden wir am Standort Nürnberg gemeinsam eine Entscheidung zu treffen haben, um eine der spannendsten und ertragreichsten Entwicklungsperspektiven eines Hochschulraums in der Bundesrepublik Deutschland ins Ziel zu bringen. Das ist unsere Aufgabe, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frist für die namentliche Abstimmung ist noch nicht abgelaufen. Ich rufe daher den nächsten Dringlichkeitsantrag auf. Die Abstimmungen führen wir nach dem nächsten Dringlichkeitsantrag durch.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15036 – das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15054 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/15026. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 20.35 bis 20.40 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15026 betreffend "Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg zügig erarbeiten!" bekannt geben. Mit Ja haben 44, mit Nein haben 81 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 16. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.01.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias u. a. und Fraktion SPD; Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg zügig erarbeiten! (Drucksache 17/15026)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			X
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	44	81	16